mit 2985 bzw. 3142. Der Rest verteilt sich auf Domänen, Forsten, Bergwerke, Staatsdampfschiffahrt, Post, Telegraph und die sonstigen Staatsbetriebe.

Die ordentlichen Ausgaben und Einnahmen des Reichs an Erwerbsanstalten (817 bzw. 979) entfallen hauptsächlich auf Post und Telegraphie (692 bzw. 808) und auf die Eisenbahnen (115 bzw. 142).

Die nächstwichtige Einnahmequelle bilden Steuern und Zölle. Die Bundesstaaten erheben an direkten Steuern 812, Aufwandsteuern 118, Verkehrssteuern 111 und Erbschaftssteuern 22, zusammen 1066 Millionen Mark. Das Reich bezieht aus Zöllen 849, aus Aufwandsteuern 672, aus Verkehrssteuern 276 und aus der Erbschaftssteuer 43, zusammen 1840 Millionen Mark.

Zahlenmäßige Nachweise über das Staatsvermögen der einzelnen Bundesstaaten konnten nur in bezug auf wichtigere Bestandteile erbracht werden. Neben Ueberschüssen früherer Rechnungsjahre, verfügbaren Staatskapitalvermögen usw. besitzen die Bundesstaaten an Domänen ein Areal von 766609 Hektar, an Forsten 5082179 Hektar. Die Staatseisenbahnen repräsentieren eine Länge von 6668 Kilometer (im Reich 18971) und ein Anlagekapital von 16669 (im Reich 8341) Millionen Mark.

Die fundierten Staatsschulden beziffern sich zu Beginn des Rechnungsjahres 1912 für die Bundesstaaten auf 15605 (darunter Preußen 8789, Bayern 2289), für das Reich auf 1587 Millionen Mark. Die schwebenden Schulden betragen insgesamt 912 Millionen Mark; sie entfallen in der Hauptsache auf das Reich (220) und Preußen (610).

## 35. Abgeordnetentag des Deutschen Kriegerbundes.

Die Beratungen des 35. Abgeordnetentages des Deutschen Kriegerbundes, die am Sonntag in Breslau ihren Anfang nahmen, wurden von Geheimrat Westphal (Berlin) eröffnet. Prinz Friedrich Wilhelm erwiderte auf die Begrüßungsansprache, er hoffe, daß der Deutsche Kriegerbund immerdar das bleibe, was er sei, nämlich ein festes Bollwerk gegen die Mächte des Umsturzes. An den Kaiser wurde ein Begrüßungstelegramm abgesandt.

Der Abgeordnetentag führte am Montag seine Verhandlungen zu Ende. Zunächst wurde das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über die Erhöhung der Beiträge mitgeteilt. Der Abgeordnetentag hat sich danach mit überwältigender Mehrheit, und zwar mit 2247 Stimmen, für eine Erhöhung der Beiträge um 30 Pfg., also auf 60 Pfg., ausgesprochen. Dagegen wurde der Antrag des Bundesvorstandes abgelehnt, der dem Bundesvorstande das Recht geben wollte, den Landesverbänden, die auf die Unterstützungen aus der Bundeskasse für Kameraden und Kameradenwitwen nicht verzichten können, einen niedrigeren Beitrag zu bewilligen. Abgelehnt wurde auch der vom Sanitätsrat Dr. Eduard-Berlin gestellte Antrag, den Veteranen von 1866, 70 und 71 die erhöhte Beitragszahlung zu erlassen. Generalmajor v. Parenski, Oberbergrat Salomon-Dortmund und der geschäftsführende Vorsitzende Geheimrat Professor Dr. Westphal hatten sich gegen den Antrag ausgesprochen, der eine so große Zahl von Kriegervereinsmitgliedern von der Erhöhung der Beiträge ausschließen würde. Sodann beschäftigte Oberverwaltungsgerichtsrat Kreitzmann-Berlin einen Antrag des Bundesvorstandes, der eine bestehende Lücke in den Satzungen ausfüllen will auf die Ausschließung von Kameraden des Offizierstandes vom Gesamtstand hat. Der Antrag will die betreffende Bestimmung in den Satzungen wie folgt fassen: „Die Ausschließung von einzelnen Mitgliedern, Vereinen und Unterverbänden ist in den Satzungen der Vereine und Verbände zu regeln. Die Ausschließung muß erfolgen, wenn ein der Satzung, insbesondere § 2b und c, widerstreitendes Verhalten vorliegt. Die Ausschließung von Kameraden des Offizierstandes erfolgt entweder auf Antrag der Vereine und nach Anhörung der Unterverbände oder auf Antrag oder nach Äußerung der Unterverbände durch den Vorstand des Landeskriegerverbandes. Den durch Beschluß des Vorstandes eines Landeskriegerverbandes ausgeschlossenen Kameraden des Offizierstandes steht binnen einem Monat nach erfolgter Ausschließung die Berufung an den Vorstand des Deutschen Kriegerbundes zu; dieser beruft das Spruchgericht nach den Vorschriften seiner Geschäftsordnung. Mit dem Ausscheiden von einzelnen Mitgliedern, Vereinen und Unterverbänden aus einem Landesverband ist der Verlust der Bundesmitgliedschaft verbunden." (Die in diesem Antrag angezogenen Paragraphen 2b und c bestimmen, daß die Kriegervereine den nationalen Gedanken zu beleben und zu stärken haben und daß sie die Liebe und Treue zu Kaiser und Reich, zu Landesfürst und Vaterland unter ihren Mitgliedern pflegen sollen.) In der Debatte wurde gewünscht, daß diese neue Bestimmung in den Satzungen auch ausgedehnt werde auf Verstöße gegen § 2a der Satzungen, der den Bundesmitgliedern die Pflege und Erhaltung der Kameradschaftlichkeit im bürgerlichen Leben zur Pflicht macht. Es wurde darauf verwiesen, daß, wenn diese Bestimmung nicht aufgenommen würde, es Mitglieder geben könne, die fortgesetzt Treibereien gegen den Vorsitzenden eines Kriegerverbandes sich zuschulden kommen lassen, ohne daß man gegen sie einschreiten könne. Diese Ausdehnung wurde jedoch abgelehnt und im übrigen der Antrag des Bundesvorstandes angenommen.

Hierauf wurden die Vorstandswahlen vorgenommen. Es wurden durch Zuruf in den Vorstand neu- bezw. wiedergewählt: 1. Vertreter: Provinz Westpreußen: Perkuhn-Danzig, Provinz Sachsen: Froelich-Magdeburg, Provinz Schlesien: v. Pax-Breslau, Hohenzollernsche Lande: Lowe-Sigmaringen, Schleswig-Holstein: Insemihl-Kiel, Hessen-Nassau: Dr. Kentel-Kassel; 2. Landesverbände: Mecklenburg-Schwerin: Hagemann-Schwerin, Sachsen-Weimar: Wahl ist noch nicht erfolgt, Mecklenburg-Strelitz: Dr. Kaster-Neustrelitz, Oldenburg: Mellner-Oldenburg, Braunschweig: [illegible], Koburg: Moritz-Koburg, Gotha: Gruel-Gotha, Anhalt: Schleicher-Cöthen, Schwarzburg-Sondershausen: v. Bila-Sondershausen, Schwarzburg-Rudolstadt: v. Lindloff-Bad-Blankenburg, Reuß ä. L.: Arnold-Gera, Schaumburg-Lippe: Knodt-Bückeburg, Lippe: [illegible], Lübeck: Wenrowitz-Lübeck, Hamburg: Westphalen-Hamburg. Zum Ort der nächsten Tagung, die 1915 stattfinden wird, wurde Köln gegen Hamburg gewählt.

## Die dreijährige Dienstzeit in Frankreich.

Protestkundgebungen.

Das am Sonntag von der Sozialisten-Partei und den Zentralisten veranstaltete Massen-Protest-Meeting gegen die dreijährige Dienstzeit war etwas schwächer als gewöhnlich besucht, was vermutlich auf die nationalen Festlichkeiten anläßlich des Jahrestages der Erstürmung der Bastille zurückzuführen ist. Immerhin dürften etwa 20000 Menschen auf dem Pré Saint Gervais versammelt gewesen sein. Eine ganze Anzahl sozialistischer Redner hatte das Wort ergriffen, und es wurde eine in sehr heftigen Ausdrücken gehaltene Tagesordnung gegen die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit angenommen. Nach der Versammlung zogen Antimilitaristen mit den Rufen: „Nieder mit der Armee!" „Nieder mit den drei Jahren!" durch die Stadt. Sie zerrissen aus Anlaß des Nationalfestes gehißte Trikoloren. Sieben Personen wurden verhaftet.

In Brest kam es am Sonntag abend beim militärischen Zapfenstreich zu argen Ausschreitungen. Sozialisten stießen Rufe gegen die Armee aus und beschimpften Gendarmen und Schutzleute. Erst als der Platzmajor den Kolonialinfanteristen befahl, das Bajonett aufzupflanzen, trat Ruhe ein. 12 Antimilitaristen wurden festgenommen.

### Zurückbehaltung der Jahresklasse 1910?

Das „Echo de Paris" tritt dafür ein, daß auch die Jahresklasse 1910 zurückbehalten werde, da die Mannschaftsbestände ohnehin schon eine Mindestzahl darstellten und man sonst genötigt sein würde, einige Panzerschiffe außer Dienst zu stellen.

## Tagesgeschichte.

### Der Einzug des Prinzenpaares Ernst August

in Rathenow fand gestern abend statt. Zahlreiche Häuser Rathenows trugen Fahnenschmuck in den deutschen und den braunschweigischen Farben. Seitens der Stadtverwaltung war die Umgebung der prinzlichen Villa und des Fürstenpavillons am Staatsbahnhof mit Fahnenmasten und Girlanden geschmückt.

### Die Thronfolge in Braunschweig.

Die in der letzten Zeit erfolgten welfischen Kundgebungen, durch die rundweg eine Wiederherstellung des Königreichs Hannover gefordert wurde, sind Anlaß zu allerlei Betrachtungen darüber gewesen, ob die Thronbesteigung des Prinzen Ernst August in Braunschweig nicht von anderen Bürgschaften abhängig zu machen sei, als sie nach der Verheiratung des Prinzen mit der Tochter des Kaisers in Aussicht genommen habe. Wie die „Neue Preuß. Korresp." von genau unterrichteter Seite erfahren haben will, ist jedoch eine Aenderung in dieser Beziehung nicht geplant. Der Antrag, den Braunschweig auf Veranlassung und mit Unterstützung Preußens in Sachen der braunschweigischen Thronfolgefrage dem Bundesrat stellen wird, ist sowohl dem Inhalte als auch dem Wortlaut nach fertig. Dieser Antrag läge bereits dem Bundesrat vor, wenn nicht diese Körperschaft in den letzten Wochen wegen der Verabschiedung der Heeresvorlage und der Deckungsvorlage so mit Arbeit überhäuft gewesen wäre, daß es nicht angezeigt erschien, in dieser Zeit einen so wichtigen Antrag zur Erledigung zu führen. Dieser Antrag wird daher dem Bundesrat erst Ende August zugehen, und es ist nicht anzunehmen, daß die erwähnten welfischen Kundgebungen Veranlassung sein werden, an dem Inhalt oder an dem Wortlaut dieses Antrages etwas zu ändern. In Berlin betrachtet man die Welfen als eine sterbende Partei und demgemäß schätzt man auch ihre Kundgebungen ein. — Soweit die Meldung. Es wäre geradezu verhängnisvoll, wenn die verantwortlichen Berliner Stellen in der Beurteilung der Welfenfrage eine solch erstaunliche Naivität und Kurzsichtigkeit an den Tag legten, wie sie ihnen hier untergeschoben und zugemutet wird, und das wäre höchst bedauerlich, wenn in dem Antrage, den hiernach die braunschweigische bezw. preußische Regierung schon in allernächster Zeit stellen will, weiter keine Garantien gefordert würden als jener idirekte, von Zweifeln umwobene und allen möglichen Deutungen ausgesetzte Verzicht des Prinzen Ernst August in dem Schreiben an den Reichskanzler. Wir vermögen an die Richtigkeit dieser Meldung einstweilen nicht zu glauben und haben insbesondere zum Kaiser das Vertrauen, daß er als König von Preußen keine die nationale Mehrheit des deutschen Volkes brüskierende Regelung der Thronfolgefrage in Vorschlag bringen bezw. unterstützen wird.

### Die in England lebenden Deutschen

hatten sich vereinigt, um dem Kaiser zu seinem 25jährigen Regierungsjubiläum eine prachtvoll ausgestattete Adresse überreichen zu lassen. Sie ist unterzeichnet von vier leitenden Männern der Deutschen Englands. Es heißt darin u. a.: „Die guten alten Eigenschaften der Deutschen — zähes Festhalten, Pflichttreue und Freude am Schaffen — sind unserem Volke in dieser bedeutsamen Zeit treu geblieben. Nichts aber hat als Antrieb und Sporn so bei jung und alt gewirkt, als die persönliche Teilnahme am machtvollen Aufschwung, die Eure Majestät der deutschen Arbeit stets freudig und ungeschmälert haben zuteil werden lassen. Bei diesem weitherzigen Verständnis für die neue Zeit haben Eure Majestät immer wieder erinnert an die sittlichen Grundlagen, die wir den vergangenen Geschlechtern verdanken und die den festen Boden bilden für alles Große, das die Gegenwart geschaffen und was wir von der Zukunft erhoffen." Die Adresse ist in einer Leipziger Kunstanstalt ausgeführt worden.

### Konrad Haußmanns 25jähriges Parlamentsjubiläum.

Der 9. württembergische Reichstagswahlkreis Balingen—Ebingen feierte am Sonntag das 25jährige Parlamentsjubiläum des fortschrittlichen Reichs- und Landtagsabgeordneten Haußmann. Abg. v. Payer gedachte in längerer Rede der Verdienste des Jubilars.

### Die Enquête im Berliner Baugewerbe.

Die nunmehr abgeschlossenen amtlichen Erhebungen über die unzuverlässigen Bauunternehmer der Reichshauptstadt haben ergeben, daß in Berlin 907 unzuverlässige Baufirmen amtlich ermittelt worden sind. Ferner sind 439 Unternehmer vorhanden, deren Geschäftsbetriebe in moralischer und wirtschaftlicher Beziehung Anlaß zu Bedenken geben und weitere 391 Firmen, die so unzuverlässig sind, daß sie das Gewerbe als Bauunternehmer nicht selbständig ausüben dürfen. Im verflossenen Berichtsjahr wurde 40 unzuverlässigen Baufirmen die Ausführung von Bauten in Berlin gänzlich untersagt und gegen weitere 37 schweben noch Klagen auf Erlaß eines Bauverbotes.

### Eine Abänderung des Zwangsversteigerungsgesetzes.

Bei dem zuständigen Reichsressort sind Erwägungen im Gange, die sich mit einer Prüfung der Möglichkeit der Beschränkung der Vorausverfügungen über Mietszinsen zum Nachteil des Ersthers befassen. Wie man uns schreibt, dürfte es sich zunächst um eine Abänderung des § 57 des Zwangsversteigerungsgesetzes handeln, und voraussichtlich werden die an der Frage interessierten Kreise und Sachverständigen auf diesem Gebiet, wie Banken, Hypothekengläubiger und Hausbesitzer, in nächster Zeit gehört werden, um ihnen Gelegenheit zu geben, sich über die an und für sich schwierige Materie zu äußern.

### Ausstand der deutschen Werftarbeiter.

Die Lohnbewegung der Werftarbeiter, die sich über fast alle deutschen Seeschiffswerften erstreckt, nähert sich der Entscheidung. Die gegenwärtige Situation stellt sich folgendermaßen dar: Die Arbeiter verlangen eine beträchtliche Lohnerhöhung, und zwar einen Einstellungslohn bis zu 80 Pfg. die Stunde und eine Erhöhung des Stundenlohnes bis zu 7 Pfg. Die Werftbesitzer erklärten sich, obwohl der Verdienst der Arbeiter seit 1910 um 12 Prozent und stellenweise sogar um 20 bis 25 Prozent gestiegen war und trotz der ungünstigen Geschäftslage der Werften zu folgenden Zugeständnissen bereit. Die Einstellungslöhne in den Betrieben, in denen seit 1910 keine Erhöhung der Löhne vorgenommen worden ist, werden um 2 Pfg. erhöht, und ebenso sollen die Stundenlöhne für die bereits in Arbeit stehenden Arbeiter um 2 Pfg. pro Stunde erhöht werden, und zwar soll vom 1. August 1913 und 1. April 1914 an je 1 Pfg. pro Stunde zugelegt werden. Dieses Zugeständnis erscheint den Vertretern der Arbeiter als zu gering, und sie erklärten es für unannehmbar. Bevor die Verhandlungen endgültig abgebrochen wurden, sind die Vertreter der Arbeiterschaft jedoch in einer besonderen Sitzung noch einmal auf diese Vorschläge zurückgekommen, haben sie jedoch abgelehnt und die Erklärung abgegeben, daß sie die Arbeit so lange fortsetzen würden, bis eine definitive Erklärung der Arbeitgeber erfolgt ist. Dies ist nunmehr geschehen. Die Antwort lautet dahin, daß die angebotenen Zugeständnisse das äußerste Entgegenkommen darstellen. Infolgedessen haben auf der Vulkanwerft sämtliche Arbeiter und auf der Werft von Blohm und Voß ein Teil der Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Auf den anderen Seeschiffswerften wird vorläufig weitergearbeitet.

### Das Religionsbekenntnis der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten.

Von den bisher im Reichstagsalmanach verzeichneten 110 Sozialdemokraten bezeichnen sich 7, darunter Bebel, als „religionslos", 19 als „konfessionslos", 7 als „freireligiös", 27 als „Dissidenten", 15 als evangelisch, 4 als Protestanten, 1 als lutherisch, 8 als katholisch, 1 als deutschkatholisch, 5 als Juden. Dem Judentum entstammen bekanntlich namentlich noch die meisten Dissidenten der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

### Warnung vor unbefugtem Photographieren und Zeichnen im Auslande.

Die „Nordd. Allgem. Ztg." schreibt: Verschiedene Vorkommnisse der letzten Zeit lassen es angezeigt erscheinen, auf die Gefahren hinzuweisen, die deutschen Reisenden durch unvorsichtiges Photographieren und Zeichnen im Auslande, vor allem an militärisch wichtigen Stellen in den Grenzgebieten oder an fremden Küsten, erwachsen können. Ist einmal ein Strafverfahren wegen Spionageverdachts eröffnet, so wird auch die Hilfe der auswärtigen Vertretungen des Reiches zumeist versagen, da sich diese in die Gerichtsbarkeit des fremden Staates nicht einmischen können. Gerade in der letzten Zeit haben mehrere solcher Fälle die Oeffentlichkeit beschäftigt. Es kann deshalb nur dringend zur Vorsicht beim Photographieren und Zeichnen im Auslande geraten werden.

### Die französische Nationalrevue.

Eine große Menschenmenge begab sich gestern nach dem Bois du Boulogne, um der Revue beizuwohnen, die aus Anlaß des Nationalfestes alljährlich stattfindet. Die Revue war von glänzendem Wetter begünstigt. Die Truppen, insbesondere die Schwarzen und die Asiaten, waren Gegenstand begeisterter Kundgebungen. Der Präsident traf um 8 Uhr morgens ein, auf dem ganzen Wege von Hochrufen begrüßt. Auch Barthou war Gegenstand sympathischer Kundgebungen. Präsident Poincaré schritt die Front der Truppen ab, übergab mehreren Regimentern, insbesondere afrikanischen und asiatischen, Feldzeichen und hielt eine patriotische Ansprache.

### Schießübungen der baltischen Flotte.

Der Zar wird am Donnerstag auf der Revaler Reede eintreffen, um an den Schießübungen der gesamten baltischen Flotte teilzunehmen. Flottenmanöver finden in diesem Sommer nicht statt.

### Eine russisch-türkische Einigung über die persische Grenze.

In den türkisch-persischen Streitigkeiten ist endlich zwischen der russischen und der türkischen Regierung vollkommene Einigkeit erzielt worden. Die Pforte hat ihre Zustimmung erteilt, daß Rußland und England in der Grenzbestimmungs-Kommission vertreten sind.

### Die Weltfriedensvorschläge Staatssekretär Bryans.

Die endgültige Form der Vorschläge des Staatssekretärs Bryan zur Erhaltung des Weltfriedens ist veröffentlicht worden. Bryan schlägt vor, daß während der Untersuchung eines internationalen Streitfalles die militärischen und maritimen Rüstungen auf dem Statusquo gehalten werden sollen, außer wenn eine der beiden Parteien von dritter Seite bekämpft wird.

### Eine neue Verschwörung in Mexiko.

Ein Telegramm aus Mexiko (Stadt) meldet, daß eine Verschwörung zur Ermordung des Präsidenten Huerta, des Vizepräsidenten Blanquet und des Kriegsministers Felix Diaz entdeckt worden sei. Ein Deputierter und zehn andere Personen wurden verhaftet, die geplant hatten, Bomben auf die Straße zu werfen, während sie Huerta, Blanquet und Diaz passierten. Die Verschwörer sollen Anhänger Zapatas sein.

**Deutsches Reich.** Die Kaiserin hat das Protektorat der 11. Internationalen Tuberkulose-Konferenz, die vom 22. bis 26. Oktober im Reichstagsgebäude zu Berlin stattfindet, übernommen.

Eine neue Landtagsersatzwahl ist in Preußen durch den Tod des nationalliberalen Abgeordneten Dr. Hintzmann im Wahlkreise Elberfeld-Barmen notwendig geworden. Oberrealschul-Direktor Dr. Hintzmann ist am Sonntag nach längerem Leiden gestorben.

Der italienische Panzerkreuzer „Amalfi" hat nach viertägiger Liegezeit die Heimreise durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal angetreten. Der Kreuzer schließt sich in der Nordsee der von Swinemünde auf dem Wege um Skagen fahrenden Königsjacht „Trinacria" an.

**Frankreich.** Die gemäßigt-republikanischen und konservativen Blätter legen der Wahl Lépines zum Deputierten insofern eine Bedeutung bei, als er entschieden für die dreijährige Dienstzeit eingetreten sei.

### Während des Druckes nachts eingegangene

## Neueste Drahtmeldungen.

**Berlin.** (Priv.-Tel.) Die Regierung der Vereinigten Staaten hat ein Gesetz eingebracht in bezug auf die Panama-Weltausstellung, das bestimmt, 1. sämtliche Ausstellungsgegenstände sind frei von Zöllen und Abgaben; 2. die Urheberrechte der Aussteller werden hinreichend geschützt; 3. dem Aussteller soll im Falle, daß seine Rechte verletzt werden, voller Schadenersatz geleistet werden; 4. auf die Verletzung der Urheberrechte werden hohe Geldstrafen gesetzt.

**Konstantinopel.** (Priv.-Tel.) Der halbamtliche „Tanin" erklärt, daß die Türkei jetzt den Krieg mit Bulgarien fortsetzen müsse, um ein Faustpfand an Gebieten zu haben, damit das Gleichgewicht auf dem Balkan hergestellt und die Selbständigkeit Mazedoniens gesichert werde. Nachdem die Ueberhebung Bulgariens gebrochen sei, werde die Reihe an Griechenland kommen. Die Türkei würde Griechenland nach den wenigen Tagen seines Ruhmes in den Abgrund stürzen. Da Europa den anderen Mächten nicht in den Arm falle, könne es dies auch nicht bei der Türkei tun.

**Bukarest.** Die in ausländischen Blättern verbreiteten Nachrichten von angeblichen Angriffen auf österreichisch-ungarische Konsulate in einzelnen Städten Rumäniens, sowie von angeblichen Insultierungen von Mitgliedern der österreichisch-ungarischen Vertretungen entbehrt jeder Begründung.

**London.** (Unterhaus.) In Erwiderung auf eine Anfrage betr. Berichte über Grausamkeiten im Balkankriege erklärte der Parlamentsuntersekretär im Auswärtigen Amte, er könne gegenwärtig nicht mehr tun, als dem tiefsten Bedauern und den schmerzlichsten Empfindungen Ausdruck geben, die durch die bezüglichen Nachrichten hervorgerufen würden.

SLUB
Wir führen Wissen.